Interpellation Nr. 119 (November 2019)

betreffend Basel pro Klimawissen: Folgen der Fridays for future Demonstrationen 19.5480.01

Nach einem herrlich warmen Sommer existiert die Welt immer noch. Das Wetter hat sich etwas abgekühlt und das Einzige, was sich nachweisbar erwärmt hat, ist das Demonstrationsklima.

Ob, was und wie viel die Friday for Future Demonstrationen bewirken, sei dahingestellt. Zumindest eine klar feststellbare Folge der Klimademonstrationen aber lässt sich identifizieren: es sind Schulstunden ausgefallen. Von Seiten des Erziehungsdepartements und Schulverantwortlichen wird immer wieder betont, dass die verfügbaren Schulstunden mit dem zu unterrichtenden Schulstoff vollständig ausgelastet seien. Es erschliesst sich deshalb nicht, dass auf Unterrichtsstunden und die Vermittlung des verpassten Unterrichtsstoffes verzichtet werden könnte.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Wie viele Schulstunden sind wegen der bisherigen Klimademonstrationen insgesamt ausgefallen?
 - a. Welche Fächer waren in welchem Umfang betroffen?
 - b. Welche Schulhäuser waren in welchem Umfang betroffen?
- 2. Ist der Regierungsrat der Meinung, wir könnten uns den Ausfall von Unterrichtsstunden und das damit einhergehende Wissensmanko der Schüler leisten?
 - a. Wenn Ja, wieso?
 - b. Wenn Ja, könnten wir dann nicht konsequenterweise diese Schulstunden ganz ausfallen lassen?
 - c. Wenn Nein: wie und bis wann werden die ausgefallenen Unterrichtsstunden nachgeholt?
- 3. Während der Klimademonstrationen unterrichten die Lehrer nicht, erbringen also nicht die gesamte Leistung, auf welche ihr Lohn ausgerichtet ist (Unterricht, Vor-/Nachbereitung, Elternkontakte, Berichte, etc.). Weiche Folgen haben die Klimademonstrationen auf die Entlöhnung der Lehrkräfte?
- 4. Sieht der Regierungsrat die Notwendigkeit, zukünftige Unterrichtsausfälle nachholen zu lassen?
 - a. Wenn Ja: wie wird er dies konkret umsetzen?
 - b. Wenn Nein: wieso nicht?
- 5. Welche anderen Auswirkungen der Klimademonstrationen auf den Schulbetrieb sieht der Regierungsrat?

Beat K. Schaller